

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Buchhandlungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

7. Jahrgang Dresden, Dienstag den 5. Mai 1931 Nummer 80

Polizei ermöglicht Nazi-Bürgerkriegsübung

Verhaftung von Kommunisten in Löbau

Löbau den 5. Mai.

Der schwere Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Nazis, der sich vorgetrieben ereignete, hat nunmehr bereits zu einer Verhaftung geführt. Ein Löbauer Parteifunktionär ist von der Polizei festgenommen worden. Der verdächtige Eifer der Polizei hat eine unerhörte Ursache: es stellt sich heraus, daß die Nazis eine ausdrückliche behördliche Genehmigung für die Abhaltung „einer Führerbesprechung“ auf dem Gute des Standartenführers v. Tschammer-Osten erhalten haben. Da eine wichtige Führerbesprechung überhaupt keiner behördlichen Erlaubnis bedarf, mußte es klar sein, daß es sich um mehr handelte. Sonderbarerweise kam die Polizei nicht „auf dem Einfall“, daß eine Nazi-Führerbesprechung sich mit Bürgerkriegstragen gegen die Arbeiter theoretisch und praktisch beschäftigt...! Die Polizei ließ merkwürdigerweise v. Tschammer-Osten und die Nazi-Banden völlig gewähren. Deshalb heißt sich auch die Polizei so außerordentlich, um die Schuld den Kommunisten in die Schuhe zu schieben. Die Bevölkerung ist über die Bürgerkriegsübung der Nazis empört. Besonders erregt ist man jedoch über die Haltung der Polizeibehörde, die sich offen auf die Seite der Nazis stellt.

Die Vorgänge, insbesondere die behördliche Genehmigung für die Bürgerkriegsübungen der Nazis, kennzeichnen die Unterdrückung des kapitalistischen „republikanischen“ Staatsapparates für die Massen des Faschismus. Die Erklärung des „demokratischen“ Ministers Dietrich in Dresden, wonach „der Nationalsozialismus keine Gefahr mehr bedeute“, ist dafür der beste Beweis. „Keine Gefahr“ — bedeutet: keine Gefahr für die Bourgeoisie und ihren Staat; die Gefahr besteht nach Dietrichs Ausführungen lediglich im Uebergang der proletarischen Elemente von den Nazis zu den Kommunisten, die eine ernste Bewegung seien. Das wertvolle Geständnis des von der SPD besonders geliebten Ministers läßt auch erkennen, daß die behördliche Ermöglichung für die Löbauer Bürgerkriegsübung der Nazis keinen Einzelfall darstellt, sondern der Linie der herrschenden Klasse entspricht.

Vor wenigen Tagen hat das Schieds-Kabinett einen ausdrücklichen Freischießbefehl für arbeitserfeindliche, faschistische militärische Übungen erteilt. Auf eine bestellte „Anfrage“ der Nazis hat der höchste Innenminister geantwortet, daß zwar militärische Übungen allgemein verboten seien, aber, da der Begriff nicht genau feststeht, sei es

nicht möglich, überall gültige Auslegungsvorschriften an die Polizei zu erteilen. Spätestens würden solche Übungen, die auch von jedem Sports- oder Turnverein ausgeführt werden könnten, nicht als militärische Übung angesehen.

Diese „Antwort“ bedeutet faktisch eine Erlaubniserteilung an die Polizeibehörde, deren Zusammenfassung und Einbeziehung so klar erkennen läßt, daß wohl die Annahme der proletarischen Jugend als „militärische Übungen“ benutzte und verfolgt werden, nicht aber die bewaffneten Kriegsspiele der Arbeitermord-Nazis. Der Vorfall in Löbau ist einbeutiger Beweis für den wahren Sinn und die Bedeutung dieser Regierungserklärung.

Die Bourgeoisie zeigt mit dieser Haltung deutlich ihre Absicht und ihren Willen, den brutalen Unterdrückungs- und Hungerluts gegen das wertvolle Volk mit verächtlichsten Mitteln weiterzuführen. Die Nazis, als eingetriebene Arbeitermordtruppe, sind für sie militärische Instrumente gegen die Arbeiterklasse.

Nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen Reich gehen die nationalsozialistischen Banden mit neuen Terrorakten vor. Aus Dortmund wird ein blutiger Zusammenstoß zwischen Nazis und Reichsbannerarbeitern gemeldet, bei dem es 20 Verletzte gab. Dieser Zusammenstoß ereignete sich im Zentrum der Stadt auf dem Hauptbahnhof, den die Nazis zu belagern versuchten. 200 Menschen sollen sich an dieser Auseinandersetzung beteiligt haben. Die Frechheit, mit der hier die Nazis zu Werke gingen, zeigt ebenso die behördliche Unterstützung, die diesen Banden den Raum schenken läßt.

Wird damit die NSDAP als Schutztruppe der Youngplan-Diktatoren in Deutschland entlarvt, so wird und muß die Abkehr der ehrlichen Anhänger von dieser korrupten und gefaßten „Bewegung“ um so härter werden.

Dem Schritte des Leutnants Scheringer folgen bereits die ersten Reihen der proletarischen Anhänger. Sie wollen fort vom arbeitermordenden, kapitalistischen Faschismus zur wirklich antisozialistischen revolutionären roten Einheitsfront. Der diesjährige Maiaufmarsch hat bereits manchem bisherigen Nationalsozialisten, der sich mit Abscheu von der Kapitalistenschuttruppe wandte, in den Reihen der Arbeiterklasse unter roten Fahnen marschieren lassen. So wird aus Oldenburg gemeldet, daß im Maiaufmarsch der KPD eine ganze Abteilung ehemaliger SA-Proleten in voller Uniform, aber mit roten Sowjetfahnen marschierte.

Davor zittert die Bourgeoisie, die die „radikalen“ Strafen der Hitler und Goebbels mit Wohlgefallen aufnimmt, die jedoch weiß, daß der Anstieg der blutigen Anhänger der NSDAP an die rote Klassenfront den Buch mit den letzten Bindungen an das kapitalistische Regime bedeutet. Gerade diese Erkenntnis wird die Arbeiterklasse bei ihrem Kampfe gegen den Faschismus veranlassen, den proletarischen Anhängern der NSDAP die Augen zu öffnen über das wahre kapitalistisch-arbeiterfeindliche Gesicht ihrer Führer und sie aus Misstrauen des Faschismus zu

Dresden, Dienstag den 5. Mai 1931

Ortsgruppenvorsitzender der SPD kommt zur KPD!

Wülfrath, 3. Mai (Eig. Meld.)

In Wülfrath (Niederrhein) trat in der Abendveranstaltung der Kommunistischen Partei Wülfraths der Vorsitzende der SPD Wülfrath und Spitzenkandidat der SPD im Stadiparlament, Wilhelm Horn, der KPD bei und gab demütigend eine Erklärung ab.

In der Kundgebung wurden weiter 14 Abonnenten für die Wochenzeitung, 2 für die Tageszeitung, 6 Ausnahmen für den Kampfdruck und 5 rote-Hilfe-Aufnahmen getätigt.

Hienoburg, 4. Mai (Eig. Draht.)

In der hiesigen Nordischen Dienstreise war bei der letzten Betriebsratswahl, die vor wenigen Wochen stattgefunden hat, aus einer reformistischen Gewerkschaftsliste aufgestellt worden, auf der fünf Kandidaten gewählt wurden. Von diesen fünf reformistischen Betriebsräten sind jetzt vier zur Kommunistischen Partei übergetreten.

Arbeitslose unter Stahlhelmfommando

Heute Besprechung des neuen Arbeitsdienst-Planes unter Treviranus' Vorsitz

Heute findet in der Oststelle der Reichsfinanzlei unter dem Vorsitz des Ministers Treviranus eine Besprechung statt, die sich mit der Durchführung eines neuen, ungeheuerlichen Planes beschäftigt. Danach werden die faschistischen Wehrverbände, vor allem der Stahlhelm aber auch Jungdo und Nazis, mit der Organisation und Leitung eines aus Erwerbslosen bestehenden Arbeitsdienstes beauftragt.

Der Arbeitsdienst ist der Form nach „freiwillig“, in Wahrheit aber werden die Erwerbslosen durch Unterstützungssabbau, Entzug der Wohlfahrtsunterstützung usw. und später direkt gezwungen, unter dem Kommando von faschistischen Stahlhelm-

Jüngelchen zu kämpfen. Die Erwerbslosen werden, wie aus einer Rede Treviranus am Sonntag in Oldenburg hervorgeht, infamisiert und erhalten nur „ein kleines Taschengeld“ etwa 25 bis 30 Pfennig pro Tag!

Diese Maßnahme wird alle Erwerbslosen, alle Arbeiter überhaupt alarmieren. Der Dienstpflichtplan gilt nur zunächst für Ostpreußen und soll schließlich auf das ganze Reich ausgedehnt werden. Worauf es Treviranus und der Brüning-Diktatur ankommt, ist die Auspoornung der Arbeitslosen, der Sozialabbau, dazu die Förderung der Schaffung einer faschistischen Armee zur Unterdrückung der Arbeiter und der Volksmassen sowie zur Kriegsvorbereitung gegenüber der Sowjetunion.

Und die Brüning-Treviranus-Regierung wird unterstützt von der SPD!

Stellungnahme der Erwerbslosen auf allen Stempelstellen! Im Kampfe gegen Sozialabbau, Dienstpflicht, Faschismus heigert die Volkssolidarität für Arbeit, Brot, Freiheit!

Die Straßer-Faschisten wollten am Mittwoch in Hannover eine öffentliche Versammlung abhalten, was jedoch die Hitler-Faschisten dadurch verhinderten, daß sie das Versammlungslokal durch Tränengasbomben austüchtigten. Interessanter noch als diese Kampfmethoden der faschistischen Brüder untereinander sind die Mittelungen, die der Straßer-Referent Vogel einem engsten Kreise machte und die ein bezeichnendes Licht auf die Korruption im Hitlerlager werfen. So soll Hitler den Versuch gemacht haben, Otto Straßer, der bekanntlich vor einiger Zeit die erste Revolte inszenierte durch 100 000 Mark zugunsten seines Kampferlages und durch eine Parteistellung mit 18 000 Mark Jahresgehalt zu kaufen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Nazi-Referenten pro Rede ein Honorar von 100 bis 200 Mark erhalten



Neue Entlassungen von Eisenbahnern

Mobilisiert alle revolutionären Kräfte für den Sieg der roten Listen

Nach der letzten Sitzung des Verwaltungsrates der Reichsbahn AG erschienen plötzlich laute Klagen über den verringerten Profit in Dormüllers Reich. Diese Meldungen über angeblich schlechten Geschäftsgang dienen dazu, die rigorosen Personalabbaumaßnahmen zu rechtfertigen. Weil aber angesichts der Gefahren für den Verkehr die ganze Öffentlichkeit sich gegen Dormüllers Sparmaßnahmen wendet, werden die schändlichen Pläne, zu denen die Schellert und Co. natürlich hilfreich ihre Hand bieten, eben auf Umwegen durchgeführt.

Schon lange bräuhigt die Eisenbahnhauptverwaltung umfangreiche Entlassungen in den Werkstätten. Sie hat hierzu um die Zustimmung der Reichsregierung ersucht. Die Reichsregierung erklärte der Verwaltung, daß eine offizielle Zustimmung zur Entlassung mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit zu erwartende Kritik nicht erteilt werden könne. Die Hauptverwaltung hat aber mit der Gewerkschaftsbürokratie einen Weg gefunden, um die Entlassungen durchzuführen. Genau so wie im vorigen Jahre laufende Kollegen aus

den Bahnbetriebswerken, Güterhöfen und Bahnhöfen an Stelle von einzustellenden Zellarbeitern in die Bahnmotoren überwiefen wurden und dann nach und nach aus Pfahnen geworfen wurden, geht man in diesem Jahr dazu über, das gleiche mit den Kollegen in den Werkstätten zu tun. Soeben wird uns Mitteilung gemacht, daß in der Werkstätte München-Freimann und Ingolstadt je 300 Mann in die Bahnmotoren überwiefen werden. Gleiche Meldungen liegen auch aus anderen Werken vor. Diese Überweisungen erfolgen mit Zustimmung der refer-